L-01-427 Ein grünes Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von Prävention bis zur Versorgung und von der Geburt bis ins hohe Alter

Antragsteller*in: Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-01NEU

Von Zeile 429 bis 434:
~~Ein besonderes Augenmerk der Bewältigung der psychischen Belastung sollte zudem auf die Gesundheits- und Pflegeberufe gelegt werden. Diese betreffen überproportional Frauen. Die Pandemie verstärkt ihre Belastungen um ein Vielfaches und steigert das Risiko der Entwicklung von psychischen Erkrankungen. Psychische Erkrankungen können mit Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung einhergehen. Prävention am Arbeitsplatz und Frühintervention sind essentiell, um einer Chronifizierung vorzubeugen.~~

Die Zunahme der Gesundheitsgefährdung durch psychische Belastungen am Arbeitsplatz ist ein seit vielen Jahren fortschreitender Prozess, der sich durch die Pandemie weiter verstärkt hat. Das gilt für alle Wirtschaftsbereiche. Besonders betroffen sind hierbei Angestellte in Care-Berufen, wie beispielsweise Pflegepersonal, Reinigungskräfte, Therapeut*innen, Hebammen, Pädagog*innen und Ärzt*innen.
Die Gesundheitsgefährdung durch psychische Belastungen wird bisher zu wenig ernstgenommen obwohl sie große individuelle, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Schäden durch lange Krankheits- und Rehabilitationszeiten sowie Frühverrentungen verursacht.

Wir wollen hinreichend konkrete und verpflichtende Regelungen für den Umgang mit arbeitsbedingter psychischer Belastung in einer Arbeitsschutzvorschrift niederlegen. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat eine Initiative für eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit zu ergreifen. Sie soll dabei an den vom Bundesrat erfolglos eingebrachten Entwurf von 2013 anknüpfen.
Außerdem wollen wir auf Landesebene einen Runden Tisch Gefährdung durch psychische Belastungen (Arbeitstitel) mit Arbeitgeberverbänden, betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften, Koordinierungsstelle Betriebliche Gesundheitsförderung der gesetzlichen Krankenversicherung, gesetzlichen Unfallversicherungsträgern und LaGetSi einrichten. Ziel des runden Tisches soll es sein Maßnahmeprogramme zu entwickeln und umzusetzen. Dazu muss die Landesregierung eine klare Zuständigkeit für die Federführung festlegen.

Begründung

Wenn psychische Belastung zu somatischen oder psychischen Erkrankungen führt, fließt kein Blut. Das darf aber kein Freibrief für Wegsehen sein. Während es für Arbeitsunfälle ein gut funktionierendes Netz ärztlicher Versorgung und Rehabilitation gibt ("Durchgangsärzt*innen") gibt es beispielsweise für arbeitsbedingte psychische Erkrankungen kein vergleichbares Netz von "Durchgangspsychotherapeut*innen". Psychische Erkrankungen sind nach den Herz-Kreislauf-Erkrankungen die zweitteuerste Erkrankungsgruppe.

Psychische Erkrankungen sind die häufigste Ursache für eine frühzeitige Berentung. Frauen sind sowohl bei den Erkrankungen als auch bei den Frührenten deutlich häufiger betroffen.

Unterstützer*innen

Armin Schäfer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Gustav Kenn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Andreas König (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Tim Ullrich (KV Berlin-Neukölln); Evelyne Hohmann (KV Berlin-Kreisfrei); Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Reinhard Koppenleitner (KV Berlin-Reinickendorf)